

Der Nationalpark Unteres Odertal blutet aus drei großen Wunden

ANSGAR VÖSSING

Am 27. Juni 1995 hat der brandenburgische Landtag im zweiten Anlauf, in der zweiten Legislaturperiode, den ersten und bisher einzigen Nationalpark des Landes mit der Verabschiedung des Nationalparkgesetzes gegründet, im unteren Odertal. Auf den Tag genau dreißig Jahre später, am 27. Juni 2025, haben wir dieses Jubiläum mit einem großen Sommerfest gefeiert. Nach dreißig Jahren konnten die Mitglieder und Mitarbeiter des Nationalparkvereins und der Nationalparkstiftung, der Öko Agrar GmbH und der Internationalpark Unteres Odertal GmbH gemeinsam mit unseren Kollegen der Nationalparkverwaltung und der Naturwacht auf einige durchaus respektable Erfolge zurückblicken.

Nun, wo die Festtagsfreude ein wenig verfliegen ist, treten wieder die Mühen der Ebene in den Mittelpunkt. Der Nationalpark Unteres Odertal wird neben den Schwierigkeiten, mit denen auch andere Nationalparks in Deutschland zu kämpfen haben, mit drei großen Herausforderungen konfrontiert, die zudem leider nicht im Einflussbereich der Stiftung, des Vereins, der Nationalparkverwaltung oder der Naturwacht liegen. Dennoch müssen sie, bei aller Festtagsfreude, an dieser Stelle, der Ehrlichkeit wegen, zusammenfassend einmal beschrieben werden:

Die Afrikanische Schweinepest (ASP)

Diese für Schweine sehr ansteckende Viruserkrankung ist kein neues Phänomen und bedroht vor allem Betriebe mit intensiver Schweinehaltung. In Europa finden sich diese schwerpunktmäßig in Dänemark und Deutschland, hier vor allem in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Deswegen haben diese beiden Bundesländer auch besonders aufwendige und kostenträchtige Abwehrmaßnahmen installiert, insbesondere Zäune, Dänemark an seiner Südgrenze in Nordschleswig, die betroffenen neuen Bundesländer an der Oder-Neiße-Grenze. Solche Maßnahmen, wie die Einzäunung eines ganzen Landes mit mehreren Zaunreihen, schreibt die EU-Kommission, die gerne für alles Missliche in Europa verantwortlich gemacht wird, keineswegs vor. Andere EU-Länder wie Polen oder die baltischen Staaten verzichten auf die sündhaft teuren Zäune und verlegen sich auf eine stramme Wildschweinjagd.

Auch Brandenburg und der Landkreis Uckermark sichern ihre Ostgrenze durch Zäune. In diesem Rahmen wurde der gesamte Nationalparkeingezäunt wie ein großer Zoo, nur ohne Elefanten und Nashörner. Im eingezäunten Nationalpark sollten dann, so die Idee der Herrschenden, alle Schweine mit allen erdenklichen Methoden, zu allen möglichen Zeiten ausgemerzt werden, ein Vorhaben, das erwartungsgemäß völlig misslungen ist. Auch der Tierschutzgedanke wird verhöhnt. Wenn das Wasser im Winter bei geöffneten Ein- und Auslassbauwerken in den Poldern steigt und die Rehe auf ihrer Flucht vor dem Wasser zum Festland wollen, verheddern sie sich an den Zäunen, die sie, anders als Hirsche, nicht



Abb. 1: Ein Reh verheddert sich qualvoll im ASP-Zaun (Foto: P. Schreiber)

überspringen können, und gehen jämmerlich zugrunde. Viel Tierleid spielt sich also an den ASP-Zäunen ab und ist fotografisch immer wieder dokumentiert worden.

Aber auch wer der gequälten Kreatur gegenüber unempfindlich ist, muss zugeben, dass die Zäune die natürlichen Wanderungsbewegungen der Huftiere, die für einen Nationalpark notwendig sind, massiv einschränken. Die neckischen, alle paar Kilometer aufgebauten kleinen Treppchen über die Zäune mögen den einen oder anderen Marder den Grenzübertritt erleichtern, Huftieren hingegen nicht.

Erwartungsgemäß hat die aufwendige und teure Zaunsetzungsmaßnahme aber nicht die Ausbreitung der ASP verhindert, in allen Bundesländern flammen immer wieder neue Infektionsherde auf, auch fern der Oder-Neiße-Grenzen. Das belegt immer wieder, was schon vorher bekannt war, dass nämlich die Seuche keineswegs nur durch Kontakt von Schwein zu Schwein, sondern auch über Raub- und Rabenvögel, vor allem auch durch Futter-, Fleisch- und Tiertransporte verbreitet wird, nicht zuletzt über die schon sprichwörtliche, weggeworfene Wurststulle eines polnischen Fernfahrers auf einem deutschen Rastplatz. Die Zäune mögen also die Ausbreitung der Seuche verzögern, verhindern tun sie sie nicht. Die Proteste der Naturschützer verhallen bei der Politik ungehört, die Lobby der industriellen Schweinemäster ist stärker.

Da es bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) um sehr viel Geld geht, schließlich werden die deutschen Schlachtabfälle, zum Beispiel Schwänze, Ohren und Klauen des Borstentieres, für viel Geld nach China exportiert, gibt es auch genug Geld für die pharmazeutische Industrie, um einen Impfstoff gegen die ASP zu entwickeln. Impfstoffe gegen Virenerkrankungen, die über Atmungsorgane verteilt werden, zu entwickeln,

ist, wie wir von der Coronabekämpfung wissen, nicht ganz so einfach. Verhindern tun solche Grippeimpfungen Infektionen nicht, bestenfalls sind die Krankheitsverläufe weniger schwerwiegend. Auch gegen die Afrikanische Schweinepest wird ein Impfstoff in Zusammenarbeit mit dem Friedrich-Löffler-Institut auf der Insel Riems entwickelt. Es handelt sich dabei um einen Lebendimpfstoff mit entsprechenden Nebenwirkungen. Er kann Fieber oder Fehlgeburten verursachen. Auch besteht die Gefahr, wenn man in eine Epidemie hinein impft, dass die Krankheit endemisch wird. Schließlich muss ein Köder gefunden werden, den die, im Übrigen sehr schlaun Schweine fressen. Die ASP-Zäune werden also noch viele Jahre lang stehen, wenn nicht der Zahn der Zeit sie ruiniert.

Die Oderverschmutzung

Die Verschmutzung der Oder, die im Jahre 2022 ein großes Muschel- und Fischsterben zur Folge hatte, ist hinreichend erforscht. Es handelt sich um Industrieabwässer aus den oberschlesischen Steinkohle-Bergwerken und Kupferhütten, eine wichtige industrielle Basis Polens. Dazu kommt noch die Belastung durch organische Nähr- und Schadstoffe aus Landwirtschaft und Siedlungsabwässern. Bei Niedrigwasser kann die Salzkonzentration dadurch so weit ansteigen, dass sich die berühmte Goldalge explosionsartig vermehrt und giftige Stoffwechselprodukte ins Wasser abgibt, die für Wassertiere tödlich sind.

Auch bei gutem Willen, den man den Polen, häufig begeisterten Anglern, nicht absprechen sollte, sind Lösungen nicht einfach. Die Kupferindustrie läuft mittelfristig hinreichend wirtschaftlich, so dass sich hier Schadstoffrückhaltemaßnahmen noch lohnen. Die Kohlegruben und die dazugehörige Industrie sind dagegen wirtschaftlich eher ein Auslaufmodell, in das kaum mehr investiert werden dürfte. Immerhin versucht man auf polnischer Seite durch Rückhaltebecken den Schadstoffabfluss so zu gestalten, dass er den Fluss je nach Abflussmenge und Temperatur nicht überlastet. Das scheint in diesem Jahr gelungen zu sein, eine große Kalamität blieb aus. Das kann man auch für das nächste Jahr erhoffen, aber böse Überraschungen sind nicht auszuschließen. Dieses Problem ist nur auf polnischer Seite zu lösen, eine Einmischung von deutscher Seite wird von polnischer eher ungerne gesehen. Man muss auf eine, auch auf polnischer Seite in den letzten Jahren sich überraschend gut entwickelte Umwelt- und Naturschutzszone hoffen. Der Nationalpark hat zwar die Möglichkeit, sich durch Schließen der Deichtore vor salzigem und giftigem Oderwasser zu schützen, bleibt aber doch durch die Sicker- und Schleusenwasser verletzlich.

Ausbau der Oder

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss haben deutsche Umwelt- und Naturschutzverbände allerdings beim geplanten und teilweise schon durchgeführten Ausbau der Oder. Der deutsche und der polnische Verkehrsminister haben sich in einer Ressortvereinbarung still und heimlich auf einen Oderausbau verständigt, ohne ihre Kollegen im Umweltministerium zu beteiligen, die den Ausbau eher kritisch sehen. Der Streit ist also kein deutsch-polnischer, sondern einer zwischen den Verkehrs- und Umweltvertretern auf beiden Seiten der Grenze. Die Verkehrsleute sprechen von Unterhaltungsmaßnahmen, die Naturschützer von den Ausbaumaßnahmen des Flusses.

Die seinerzeit nationalkonservativ geprägte polnische Regierung hatte sich Fördermittel besorgt und gleich mit dem Ausbau begonnen, ohne die EU-weit vorgeschriebenen Umweltprüfungen durchzuführen. Insbesondere wurden das Befestigungsdeckwerk an den Ufern erneuert und die Buhnen verlängert. Dadurch erhöht sich die Fließgeschwindigkeit, die Fahrrinne vertieft sich – das ist wegen der Schifffahrt erwünscht – und der Grundwasserspiegel in der Aue sinkt. Das ist ein negativer, aber nicht vermeidbarer Nebeneffekt. Auch wichtige Kinderstuben für die Fische gehen verloren. Die Oderschifffahrt profitiert von den Ausbaumaßnahmen auch nur bedingt, denn mehr Wasser gibt es im Flussbett dadurch auch nicht. Klimabedingt fällt die Schneeschmelze im Riesengebirge immer öfter aus, und viele Monate im Jahr muss die Oder-Schifffahrt wegen Wassermangel eingestellt werden und auf die benachbarte Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße – eine Art Oderseitenkanal – ausweichen.

Deswegen hat die polnische Seite, um Fördermittel, beispielsweise bei der Weltbank, zu erhalten, propagandistisch die Eisbecher losgeschickt, die angeblich eine gewisse Wassertiefe für ihre Arbeiten benötigten. Zwar friert die Oder klimawandelbedingt kaum noch zu, auch gibt es mittlerweile, beispielsweise in Kanada, auch flachgängige Eisbrecher für den Ernstfall, aber zur Fördermittelbeschaffung waren die Eisbrecher zunächst einmal ein gutes Werkzeug.

Die organisierten Naturschützer zu beiden Seiten der Oder sind aber nicht untätig geblieben, haben sich grenzüberschreitend zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen und viel Geld aufgebracht, um die notwendigen Rechtsanwälte zu bezahlen. Auch der Nationalparkverein ist hier konstitutives, zahlendes Mitglied. Immerhin ist es dem Aktionsbündnis gelungen, eine Reihe juristischer Erfolge vor polnischen Gerichten zu erzielen, die die Unrechtmäßigkeit der bisherigen Maßnahmen und eine Rückbau-, beziehungsweise Wiedergutmachungspflicht festgestellt haben, gegen den politischen Willen der nationalkonservativen Regierung. Nach diesen Erfahrungen sollte man die politische Unabhängigkeit der polnischen Justiz nicht leichtfertig anzweifeln.

Das Problem war eher, dass die nationalkonservative Regierung in Warschau die Richtersprüche einfach ignorierte und weiterbaute. Aber da war der Rechtsstaat am Ende. Den ersten Bauabschnitt hat die neue, eher liberal geprägte polnische Regierung zwar noch beendet, den zweiten Abschnitt aber nicht mehr begonnen. Die Gefahr ist damit auf polnischer, aber auch auf deutscher Seite für die Oder aber noch nicht gebannt. Der Kampf geht weiter. Auf deutscher Seite wird dieser vor allem vom Vereinsmitglied Sascha Maier, hauptberuflich als Flussexperte beim BUND beschäftigt, geführt. Er beschreibt selbst in einem Artikel in diesem Nationalpark-Jahrbuch den aktuellen Stand der Auseinandersetzung aus erster Hand.

DR. ANSGAR VÖSSING
Nationalparkstiftung Unteres Odertal, Vorstand
Schloss Criewen, Park 3, 16303 Schwedt/Oder
nationalparkstiftung@unteres-odertal.info